

Andreas Kapphan
Das arme Berlin

Stadt, Raum, Gesellschaft

Herausgegeben von

Hartmut Häußermann

Detlev Ipsen

Thomas Krämer-Badoni

Dieter Läßle

Marianne Rodenstein

Walter Siebel

Band 18

Andreas Kapphan

Das arme Berlin

Sozialräumliche Polarisierung,
Armutskonzentration und Ausgrenzung
in den 1990er Jahren

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2002

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

ISBN 978-3-8100-3549-3 ISBN 978-3-663-09535-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-09535-4

© 2002 Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Leske + Budrich, Opladen 2002

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	9
1. Einleitung.....	11
1.1 Soziale Polarisierung und Stadtentwicklung	11
1.2 Fragestellung, Gliederung und Methode	13
2. Polariserte Gesellschaft: Armut und soziale Ungleichheit im gesellschaftlichen Wandel	15
2.1 Soziale Ungleichheit und gesellschaftlicher Wandel	16
2.2 Grundlagen einer Soziologie der Armut	19
2.3 Die Messung von Armut	20
2.4 Die Dynamik von Armut	24
2.5 Die Kultur der Armut	26
2.6 Die neue städtische Armut	28
2.7 Die Debatte der ‚exclusion sociale‘	31
2.8 Soziale Ungleichheit, Armut oder soziale Ausgrenzung?	34
3. Polariserte Stadtentwicklung: zur Erklärung der sozialen Segregation und deren Veränderung	37
3.1 Anfänge der Erforschung sozialräumlicher Strukturen: Stadtentwicklung und Segregation in Chicago	39
3.2 Das Filtering-Modell des Wohnungsmarktes.....	41
3.3 Die Akteursperspektive: Barrieren auf dem Wohnungsmarkt	44
3.4 Der segmentierte Wohnungsmarkt	47
3.5 Aufwertung und Abwertung von Stadtteilen	50
3.6 Wohnungsmärkte und Segregation in der polarisierten Stadt.....	52
3.7 Möglichkeiten der politischen Steuerung von Segregation	54
4. Muster der Segregation in der Stadtentwicklungsgeschichte Berlins.....	59
4.1 Die Residenzstadt	59
4.2 Die Industriestadt: Villen und Mietskasernen	61
4.3 Die Dienstleistungsstadt: Moderne Wohnviertel für die neue Mittelschicht	66

4.4 Stadtentwicklung im ‚Dritten Reich‘	68
4.5 Die geteilte Stadt.....	70
4.6 Stadtentwicklung in Ost–Berlin.....	72
4.7 Sozialer Wandel und Segregation in West-Berlin.....	74
4.8 Kontinuität und Wandel der sozialräumlichen Muster in Berlin	78
5. Armut und Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren	83
5.1 Arbeitsmarktentwicklung	83
5.2 Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug	90
5.3 Einkommensentwicklung und Niedriglohn.....	95
6. Neue Muster der Segregation.....	101
6.1 Wohnungsbautätigkeit nach dem Fall der Mauer.....	101
6.2 Bevölkerungsentwicklung.....	103
6.3 Wohnungsüberhang und Mobilität	106
6.4 Entdichtung und Randwanderung als langfristiger Trend der Stadtentwicklung	108
6.5 Umfang und Richtung der Wanderungsbewegungen	112
6.6 Die soziale Selektivität der Wanderungsbewegungen.....	124
6.7 Segregation von Zuwanderern.....	132
6.8 Selektive Mobilität und neue Muster der sozialen Segregation.....	135
7. Armutskonzentration und Ausgrenzung: Die Rolle des Stadtteils	139
7.1 Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse.....	139
7.2 Fragestellung an die Untersuchung.....	141
7.3 Ausgrenzung und die Rolle des Stadtteils für die Lebensbewältigung von armen Haushalten: Untersuchungsdesign	143
8. Soziale Ausgrenzung und die Rolle des Stadtteils: Ergebnisse der Untersuchung.....	155
8.1 Die sechs Untersuchungsgruppen in den Quartieren.....	155
8.2 Integration in den Markt.....	165
8.3 Kontakte und Netzwerke im Gebiet.....	169
8.4 Ausgrenzung und die Rolle des Stadtteils.....	173
9. Städtische Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung: ein Fazit....	179
Literaturverzeichnis.....	185

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4.1: Ausbildungs- und Berufsstatus der Erwerbstätigen in Berlin 1991	80
Tabelle 5.1: Erwerbstätige und Erwerbspersonen in Berlin 1991-2000	85
Tabelle 5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin 1989-1997	87
Tabelle 5.3: Pendler in Berlin: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.2000	88
Tabelle 5.4: Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenquote in Berlin 1997.....	89
Tabelle 5.5: Arbeitslose in Berlin 1990-1999 (jeweils September)	91
Tabelle 5.6: Bevölkerung in Berlin nach überwiegendem Lebensunterhalt 1991-2000	94
Tabelle 5.7: Monatliches Einkommen der Erwerbstätigen in Berlin nach Bezirken in den Jahren 1991-2000 (in % der Erwerbstätigen)	98/99
Tabelle 6.1: Entwicklung der Einwohnerzahl in der Region Berlin 1980-2000	104
Tabelle 6.2: Ausländer in Berlin nach Staatsangehörigkeit 1991, 1994, 1998 und 2000.....	106
Tabelle 6.3: Wanderungsvolumen in Teilräumen von Berlin 1994-1999 pro 1000 Einwohner	116
Tabelle 6.4: Wanderungssaldo in Teilräumen von Berlin 1994-1999 pro 1000 Einwohner	118
Tabelle 6.5: Wanderungssaldo mit dem Umland in Teilräumen von Berlin 1994-1999 pro 1000 Einwohner	122
Tabelle 6.6: Wanderungssaldo der Erwerbstätigen in Teilräumen von Berlin 1994-1999 pro 1000 Einwohner	126
Tabelle 6.7: Erwerbstätigenindex bei Wanderungen in Teilräumen von Berlin: 1994-1999.....	128
Tabelle 7.1: Arbeitslose in Berlin und den Untersuchungsgebieten am 30. Juni 2000 nach ausgewählten Merkmalen	144

Karten- und Abbildungsverzeichnis

Karte 4.1: Berliner Stadtteile und Stadttore um 1760	60
Karte 4.2: Dreiviertelring der Arbeiterwohngebiete um 1910.....	63
Karte 5.1: Arbeitslosenanteil in den Statistischen Gebieten von Berlin Juni 2000	93
Karte 6.1: Die Bezirke Berlins: Ost-West-Grenze und Innenstadtgebiete	114
Karte 6.2: Wanderungsvolumen 1994-1999	117
Karte 6.3: Wanderungssaldo 1994-1999.....	119
Karte 6.4: Wanderungssaldo mit dem Umland 1994-1999	123
Karte 6.5: Wanderungssaldo Erwerbstätiger 1994-1999.....	127
Karte 6.6: Erwerbstätigenindex bei Wanderungen 1994-1999.....	129
Karte 6.7: Ausländeranteil 1999 und Zuzug von Ausländern 1994-1999 in den statistischen Gebieten von Berlin.....	134
Abbildung 6.1: Berechnung der Erwerbstätigenquote bei Wanderungsprozessen am Beispiel des Statistischen Gebietes 75: Neukölln-Reuterplatz 1994-1999	130

Vorbemerkung

Die Faszination für die Stadt Berlin und ihre sozialen Strukturen und Milieus hat mich nach meinem Zuzug im Jahre 1988 als Student zur Stadtforschung geführt. Das hier vorliegende Buch widmet sich der ‚dunklen Seite‘ der Stadt, die doch so offen sichtlich ist. ‚Das arme Berlin‘ ist das Ergebnis mehrjähriger Forschungsarbeiten, die ich 1995 begann und 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation eingereicht habe.

In der Arbeit werden empirische Daten aus unterschiedlichen Quellen analysiert. In Kapitel 5 und 6 greife ich auf amtliche Statistik und eine Sonderauswertung des Statistischen Landesamtes Berlin zu Wandervorgängen in Berlin zwischen 1994 und 1999 zurück, welche für Gutachten im Auftrag des Stadtentwicklungssenators bereits bearbeitet wurden (vgl. IfS/S.T.E.R.N. 1998, IfS 1999, 2001). Kapitel 7 und 8 beruhen u.a. auf weiterführenden Untersuchungen, die im Rahmen des EU-Forschungsprojekts ‚URBEX‘ an der Humboldt-Universität in Beteiligung des Verfassers durchgeführt wurden (vgl. Dorsch et al. 2000; 2001a). In diesem Projekt wurden in zwei Berliner Stadtteilen Interviews mit Experten und Bewohnern durchgeführt, die für die hier vorliegende Arbeit ausgewertet und aufbereitet wurden.

Mein Dank gilt an vorderster Stelle Prof. Hartmut Häußermann für die langjährige fruchtbare Zusammenarbeit am Arbeitsbereich Stadtsoziologie der Humboldt-Universität und für die Betreuung der Dissertation. Besonders verpflichtet bin ich auch Pamela Dorsch und Ingo Siebert, die mit mir gemeinsam am URBEX-Projekt gearbeitet und diskutiert haben. Stefanie Stolper hat die hier abgedruckten Karten bearbeitet. Gedankt sei auch der Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich während der Ausarbeitung der Arbeit in anregenden Diskussionen stand.

Last but not least muss ich Julia Gerometta und Peter Podjavorsek erwähnen, die das Manuskripte gelesen, mit mir diskutiert und Korrekturen angeregt haben, und die mich während der Schreibphasen emotional unterstützten. Ich danke auch meinem Sohn Marco, dass er mich daran erinnert hat, die Arbeit letztendlich abzuschließen.

1. Einleitung

1.1 Soziale Polarisierung und Stadtentwicklung

Städte befinden sich weltweit in einer historisch wahrscheinlich einzigartigen und schnellen Veränderung. Folgt man aktuellen wissenschaftlichen Studien, so verändern sich die deutschen Städte immer stärker in die Richtung der amerikanischen Stadt, von einer „Amerikanisierung“ der Stadtentwicklung wird allenthalben gesprochen. Diese Metapher gilt nicht nur der Zunahme von großen Einkaufszentren in und am Rand der Stadt, sondern vor allem auch dem inneren Zerfall der Stadt, Verwahrlosung, Kriminalität und dem Zerbrechen einer städtischen Gesellschaft. Es ist das Gespenst einer polarisierten Stadtgesellschaft mit seinen Extremen, welches in dem Bild der ‚Amerikanisierung‘ beschworen wird: den innerstädtischen Ghettos, in den USA mit überwiegend schwarzer und verarmter Bevölkerung, und den ‚Gated Communities‘, den abgeschlossenen Vorstadtsiedlungen, die lediglich den besser gestellten Weißen ein Dach über dem Kopf bieten.

Auch in den USA ist die Wirklichkeit komplexer als dieses polare Bild einer Gesellschaft, auch in den USA stellen das Schwarzenghetto und die abgeschlossenen weißen Vorstadtviertel nur die zwei konträren Formen von Lebensalltag und städtischen Umwelten in einer polarisierten Gesellschaft dar. Alle Befunde der deutschen Forschung widersprechen der These, dass sich auch hier Ghettos entwickelt haben. Vielmehr ermöglichen die staatlichen Sozialversicherungssysteme in der BRD auch eine finanzielle Absicherung der Armen und Arbeitslosen. Doch obwohl das schiere Überleben der besonders Benachteiligten in unserer Gesellschaft gesichert ist, mehren sich die Hinweise darauf, dass in vielen Städten starke Konzentrationen von Armen und Arbeitslosen entstanden sind, die Anlass zur Sorge geben. Die Frage ist nämlich, ob die unserer Gesellschaft zu Grunde liegenden Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellungen durch die zunehmende Konzentration sozialer Problemlagen verletzt werden. Entsteht durch die konzentrierte Armut ein Milieu der Ausgegrenzten, welches dauerhaft von der ökonomischen und sozialen Entwicklung im Land abgehängt ist?

Die These der sozialräumlichen Polarisierung der Städte wurde in den USA in Zusammenhang mit der Globalisierung (vgl. Sassen 1996), der Krise der altindustriellen Zentren und der Entstehung einer städtischen ‚Unterklas-

se' (Wilson 1987) diskutiert. Diagnostiziert wurde eine Spaltung der Stadt (Fainstein et al. 1992) und eine sozialräumliche Polarisierung, die in den Konzepten der „dual city“ bzw. „quartered city“ (Marcuse 1989) zusammengeführt wurde. In Deutschland wurde in den 1990er Jahren die These der sozialräumlichen Polarisierung mehrmals untersucht (Alisch/Dangschat 1998; Häußermann/Kapghan 2000; Keim 1999; Keller 1999). Im Zuge des Arbeitsplatzabbaus im produzierenden Gewerbe und dem Wandel von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft nimmt Arbeitslosigkeit und die soziale Ungleichheit in den Städten zu. International agierende Unternehmen im Dienstleistungsbereich stellen neue Arbeitsplätze, die aber aufgrund des „Mismatch“ von Qualifikation und Anforderung nicht an die ehemaligen Arbeitnehmer der ‚Altindustrien‘ vergeben werden. Da Arbeitsplatzabbau und neue Unternehmen im Dienstleistungsbereich vor allem in den großen Städten konzentriert sind, und die neue „Dienstleistungsklasse“ (Noller/Ronneberger 1995) hier auch eine starke Nachfrage nach einfachen Dienstleistungen stellt, polarisiert sich die soziale Struktur der Großstädte zwischen Arbeitslosen und prekär Beschäftigten einerseits und den Dienstleistungseliten andererseits. Im Zusammenhang mit der Polarisierung wird auch eine verstärkte Nachfrage nach gehobenen Wohngebieten festgestellt, die die Segregation nach sozialen Kriterien verstärkt (vgl. Alisch/Dangschat 1998).

Nach Freyberg bringen städtische Modernisierungsprozesse gerade in den ökonomisch erfolgreichen Städten eine scharfe soziale Spaltung und sozialräumliche Trennung hervor, wie er am Beispiel von Frankfurt am Main zeigt (1996, 72). Die wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg führt nach Alisch und Dangschat ebenfalls zu einer sozio-ökonomischen Polarisierung und zu einer Vertiefung der sozialen Segregation (1998, 118). Allerdings ist nicht selbstverständlich, dass eine Zunahme hochqualifizierter und gut bezahlter Tätigkeiten automatisch zu einer Steigerung schlecht bezahlter Tätigkeiten führen muss, vielmehr können durch die steigende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmern auch andere Teile der Beschäftigten von den Gewinnen profitieren und hiervon ein Anreiz zu vermehrter Qualifikation ausgehen (vgl. Hamnett 1994). Es muss auch hinterfragt werden, ob die zunehmende Segregation in den globalen oder zumindest prosperierenden Städten wirklich auf die Polarisierung der Einkommen zurückzuführen ist, denn auch in Städten mit einer schrumpfenden ökonomischen Basis sind Polarisierungstendenzen und zunehmende Segregation festgestellt worden (vgl. Breckner et al. 1989).

Neue sozialräumliche Strukturen entstehen in den Städten durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren. Durch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden immer mehr Menschen arbeitslos und sind auf die staatlichen Versorgungssysteme angewiesen. Gleichzeitig werden die Städte zum

Zielpunkt einer zunehmend internationalen Migration, in deren Verlauf sich die demographische Struktur der Bevölkerung verändert. Durch die Mechanismen auf dem Wohnungsmarkt werden die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt und die neuen Zuwanderer in städtischen Teilräumen konzentriert, während die ökonomischen Aufsteiger und etablierten Familien die verarmten Stadtteile verlassen. Der Rückzug des Staates aus der Wohnungsverorgung führt dann dazu, dass die Prozesse der Segregation weitgehend ungesteuert auftreten, und eine soziale Regulierung immer weniger möglich ist.

1.2 Fragestellung, Gliederung und Methode

In dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, wie die Zunahme von Armut und die soziale Polarisierung in der Stadt erklärt werden kann. Daran anschließend wird untersucht, wie die Konzentrationen von Armen entstehen und welche Prozesse zur Verarmung dieser Gebiete beitragen. Schließlich soll dargestellt werden, welche Folgen sich aus dieser Konzentration für die Lebenschancen der betroffenen Bevölkerungsgruppen ergeben. Mit dem Begriff der Ausgrenzung ist in der wissenschaftlichen Debatte der 1990er Jahre ein Begriff etabliert worden, der über die bloße Beschreibung von Armut hinaus den Anspruch erhebt, die Lebenssituation der vielfach ausgeschlossenen, räumlich konzentrierten und ökonomisch überflüssigen Bevölkerungsgruppen angemessen zu beschreiben. Inwieweit dieser Begriff tauglich ist, die neue Dimension städtischer Armut zu erfassen, soll ebenfalls geprüft werden.

Die empirische Darstellung erfolgt am Beispiel der Stadt Berlin in den 1990er Jahren. Berlin erlebte in den zehn Jahren nach der politischen Wende in der DDR einen tiefgreifenden Umbruch. In diesen Jahren hat sich die Stadt schneller verändert als andere Städte in Deutschland, und es kann davon ausgegangen werden, dass im Wandel Berlins all jene Kräfte besonders ausgeprägt sind, die typisch sind für die aktuellen Veränderungen der sozialen Struktur von Städten und der Stadtentwicklungsprozesse. Trotz gewisser Besonderheiten bietet die Berliner Situation ausreichend Befunde, die Aussagen über die Entwicklung sozialräumlicher Polarisierung und sozialer Segregation in Städten erlauben. Dies ist gerade auch deswegen möglich, weil sich in Berlin als ehemals geteilte Stadt in den beiden Stadthälften ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen für die aktuellen Transformationsprozesse boten. Der gesamtgesellschaftliche und ökonomische Strukturwandel verändert die Rahmenbedingungen von Stadtentwicklung allgemein, und führt somit zu Stadtentwicklungsprozessen, deren Ausprägungen weitgehend unabhängig von der Besonderheit einzelner Stadttypen sind.

Im zweiten Kapitel wird zunächst dargestellt, welche theoretischen Konzepte zur Charakterisierung und Messung von sozialer Ungleichheit und Armut entwickelt wurden. Dabei soll der Begriff der Ausgrenzung eingeführt werden, der im achten Kapitel wieder aufgegriffen wird. Im dritten Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie durch Wohnungsmarktmechanismen eine räumliche Segregation von Bevölkerungsgruppen in der Stadt geschaffen wird und wie die Konzentration von Armut in einer polarisierten Stadt entsteht. Im vierten Kapitel wird dann am Beispiel von Berlin dargestellt, wie sich die sozialräumliche Struktur in der Geschichte der Stadt verändert hat, und welche räumlichen Muster sozialstruktureller Verteilung 1990 in der wiedervereinigten Stadt bestanden. Anschließend wird die ökonomische Entwicklung in den 1990er Jahren in Berlin anhand der amtlichen Statistik untersucht und die sozialstrukturelle Veränderung in den 1990er Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von Armut dargestellt (Kapitel 5). Im sechsten Kapitel werden die räumlichen Verteilungsmuster untersucht und auf der Basis der Umzugsbewegungen in der Stadt analysiert, wie sich neue Muster der Segregation entwickeln und wie die beschriebenen Wandlungsvorgänge zur Entwicklung von Armutskonzentrationen beitragen. Kapitel 7 fasst die bisherigen Ergebnisse zusammen, anschließend werden zwei Gebiete exemplarisch ausgewählt und dargestellt, die in Kapitel 8 eingehend untersucht werden. Das Kapitel widmet sich schließlich der Frage, welche Folgen sich aus der Konzentration von Armut und Arbeitslosigkeit für die betroffenen Gruppen in den Quartieren ergeben. Dabei wird der Begriff der Ausgrenzung für die Beschreibung der Lebenssituation instrumentalisiert. Das neunte Kapitel bietet ein Fazit der Ergebnisse und Befunde zur sozialen Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung.

2. Polarisierte Gesellschaft: Armut und soziale Ungleichheit im gesellschaftlichen Wandel

Der aktuelle gesellschaftliche Wandel in Deutschland geht einher mit wachsender Armut und zunehmender sozialer Ungleichheit. Mit dem „ersten Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung“, der im Jahre 2001 erschien, ist dies eindrucksvoll und datenreich bestätigt worden (BMAS 2001). Die Schere der Einkommensentwicklung ist auseinander gegangen, und die Gesellschaft strebt einer zunehmenden Polarisierung entgegen. Diese Polarisierung wird zumeist in Verbindung gebracht mit der Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Kapitalströme, andererseits mit einem Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft, in der die produzierenden Industrien in hohem Maße Beschäftigte entlassen.

Der ökonomische Wandel wirkt sich in verschiedenen Teilen des Landes unterschiedlich aus. Vor allem in den Gemeinden, die vormals einen hohen Beschäftigtenanteil im produzierenden Gewerbe hatten, findet der Arbeitsplatzabbau konzentriert statt (vgl. Häußermann und Siebel 1987, 44ff.). Da sich die Kriterien für optimale Standorte neuer Produktionstechnologien von denen der Altindustrien unterscheiden, siedeln sich neue Unternehmen im Dienstleistungsbereich oftmals nicht in den alten Zentren an. Die Tendenz der räumlichen Verlagerung wird auch dadurch unterstützt, dass neue Arbeitsplätze vor allem im Bereich der Forschung, Entwicklung und des Managements entstehen, die am Unternehmenssitz konzentriert werden. In einigen Großstädten nehmen die Arbeitsplätze im industrieorientierten Dienstleistungsbereich also zu, während in anderen Städten lediglich alte Industriearbeitsplätze in der Produktion abgebaut werden, ohne dass neue Beschäftigungsfelder entstehen (vgl. Breckner et al. 1989; Häußermann/Siebel 1987). Hierdurch ergibt sich eine Polarisierung der räumlichen Struktur zwischen prosperierenden Städten im Süden der Bundesrepublik und den altindustriellen Städten im nördlichen Teil.

Die These der Polarisierung der Gesellschaft hat sich zunehmend zu einem politischen Kampfbegriff entwickelt, der auf eine besonders problematische Entwicklung verweisen soll. Wenn der Begriff jedoch für die Analyse sozialer Ungleichheit sinnvoll verwendet werden soll, dann muss er so definiert werden, dass damit nicht einfach soziale Ungleichheit oder ein hoher Anteil von Arbeitslosen gemessen wird. Von Polarisierung soll daher gespro-

chen werden, wenn sich die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft vergrößert, also ein Prozess festzustellen ist, in dem der Abstand zwischen den Extremen in der Gesellschaft größer wird. Dies kann entweder dadurch geschehen, dass sich bei einer Einkommenspolarisierung der Abstand zwischen Armen und Reichen vergrößert oder aber dadurch, dass der Anteil der Reichen und/oder der Armen in der Gesellschaft größer wird. Denkbar ist zum Beispiel, dass sich in der Gesellschaft eine größere Einkommensungleichheit entwickelt, die nur dadurch zustande kommt, dass der untere Bereich der Einkommen wächst und ärmer wird.

Die These der sozialen Polarisierung kann mit Daten von Hauser (1999) analysiert werden, der zeigt, dass die Verteilung der Einkommen in der westdeutschen Gesellschaft zwischen 1973 und 1995 ungleicher geworden ist. Gestiegen ist vor allem der Anteil jener Personen, deren Einkommen weniger als 50% des Durchschnitts beträgt: von 6,5 auf 11,9% der Bevölkerung (ebd. 5). Der Anteil derer, die über mehr als das doppelte der durchschnittlichen Einkommen verfügen, nimmt ebenfalls zu, allerdings weniger ausgeprägt von 4,2% (1973) auf 4,9% (1995). Im Ostteil Deutschlands lässt sich eine ähnliche Entwicklung zwischen 1991 und 1995 darstellen, die Spreizung der Einkommen begann hier allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die soziale Polarisierung der Einkommensverteilung kommt also vor allem durch eine Zunahme niedriger Einkommen zustande. In Ostdeutschland konnte eine Einkommenspolarisierung bisher nur in Ansätzen festgestellt werden. Zurückzuführen ist die Einkommenspolarisierung vor allem auf steigende Arbeitslosigkeit. Diese hat auch in Ostdeutschland dazu geführt, dass eine wachsende Anzahl von Haushalten nur sehr geringe Einkommen hat. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit hängen also aufs Engste zusammen.

2.1 Soziale Ungleichheit und gesellschaftlicher Wandel

Soziale Ungleichheit liegt nach Hradil dann vor, „wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung in sozialen Beziehungsgefügen von den ‚wertvollen Gütern‘ einer Gesellschaft regelmäßig mehr als andere erhalten“ (1999, 26). Die Dimensionen, die für die Messung sozialer Ungleichheit herangezogen werden können, sind materieller Wohlstand, Bildung, Macht und Prestige, sowie Arbeits-, Wohn-, Umwelt- und Freizeitbedingungen (ebd. 27). Soziale Ungleichheit ist allerdings kein personenbezogenes Merkmal, sondern bestimmt sich über das wechselseitige Verhältnis von sozialen Gruppen in der Gesell-

schaft. Die besondere Problematik zeigt sich darin, dass Menschen allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe von Privilegien oder Benachteiligungen betroffen sind. Nach Kreckel (1992) zeigt sich soziale Ungleichheit überall dort, wo durch ungleichen Zugang zu erstrebenswerten sozialen Gütern bestimmte Gruppen privilegiert oder benachteiligt werden und dies damit Auswirkungen auf ihre Lebensqualität hat. Ins Zentrum der Ungleichheitsforschung treten damit soziale Gruppen, die in besonderem Maße von Benachteiligung (und Armut) oder Privilegien (und Reichtum) betroffen sind.

Soziale Ungleichheit verändert sich durch sozialen Wandel. Diese Veränderungen vollzogen sich in der Geschichte z.B. im Umbruch von einer agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft. Historisch lassen sich die feudale und ständische Schichtung der vorindustriellen Zeit unterscheiden von einer Klassengesellschaft, in der die Position innerhalb der Gesellschaft durch die Stellung im Produktionsprozess und den Besitz an Produktionsmitteln bestimmt ist.

Die vorindustrielle Gesellschaft wies deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten auf. Die ländliche Gesellschaft war vom Adel und Klerus beherrscht, eine mittlere Gruppe bildeten die freien Bauern, die unterste Gruppe stellten die Bauern ohne Land sowie die Leibeigenen. Die städtische Gesellschaft zeichnete sich ebenfalls durch drei Gruppen aus, die wiederum in sich unterteilt werden können: die Patrizier (adlige Ministeriale, Fernhandelskaufleute und freie Grundbesitzer), die Bürger (Handwerker, Händler und städtische Beamte) und die unterbürgerlichen Gruppen (Bedienstete, Gesellen, Tagelöhner, Bettler sowie zunftlose Berufsgruppen). In einigen Städten stellten Militärangehörige, Bedienstete des Hofes, Geistliche sowie Juden quantitativ bedeutsame Gruppen, die innerhalb der gesellschaftlichen Schichtung jeweils eine Sonderposition einnahmen (vgl. Hradil 1999, 44ff.). Das Verhältnis dieser sozialen Gruppen zueinander war jedoch keineswegs stabil. Hradil verweist darauf, dass sich zum Ende des Mittelalters innerhalb der Städte eine Verstärkung der Ungleichheiten ergab. Am Beispiel der Stadt Rostock belegt er, wie sich die Vermögen der steuerpflichtigen Bevölkerung im 15. und 16. Jahrhundert auseinander entwickelten (ebd. 58).

Durch die Industrialisierung wurde der sozialstrukturelle Aufbau der Gesellschaft umfassend verändert. Mit dem Manufaktur- bzw. Industrieunternehmertum und dem Industrieproletariat entstanden neue gesellschaftliche Gruppen. Vorausgegangen war der Industrialisierung die Freisetzung der Bauern zum Beginn des 19. Jahrhunderts, die den Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft erleichterte. Die Folgen dieses Transformationsprozesses waren vielfältig, sie erfassten soziale und ökonomische Beziehungen (vgl. Polanyi 1978) und hatten ein enormes Städtewachs-

tum sowie neue soziale Konflikte zur Folge (vgl. Reulecke 1985). Die soziale Ungleichheit zwischen dem Proletariat und dem Kapital als Synonym für die Klasse, die im Besitz der Produktionsmittel stand, war Anlass für die revolutionären Gedanken von Marx und Engels. Die in der Mitte des 19. Jahrhunderts geprägten Begrifflichkeiten und Theorien bestimmen bis heute eine Vielzahl politischer und wissenschaftlicher Diskurse.

Der kurze historische Abriss zu sozialer Ungleichheit verdeutlicht, dass soziale Ungleichheit kein stabiles Gebilde ist, sondern sich durch gesellschaftliche Transformation verändert und in bestimmten historischen Phasen jeweils ein neues Gesicht annimmt. Auch die Gruppen, die in der sozialen Gliederung der Gesellschaft jeweils oben oder unten stehen, verändern sich, jede Phase hat eigene Gewinner und Verlierer. Derzeit verschiebt sich die ökonomische Basis der Gesellschaften immer stärker in den Dienstleistungsbereich.

In ihrem Buch „Dienstleistungsgesellschaften“ gehen Häußermann und Siebel (1995) auf den gesellschaftlichen Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft ein. Im Zuge des ökonomischen Wandels sind Tätigkeiten, bei denen selbst kein Produkt erzeugt wird, sowohl in der Industrie, als auch in der gesellschaftlichen Organisation bedeutsamer geworden. Die Dienstleistungstätigkeiten bilden keinen einheitlichen Wirtschaftssektor, vielmehr stellen sie eine Restkategorie nicht-produzierender Tätigkeitsfelder dar, die sich in einen konsumorientierten und einen produktionsorientierten Bereich untergliedern lassen. Während der erste Bereich vor allem Haushalte und den Endverbraucher mit Diensten versorgt (Reproduktionsdienste: Reinigung, Gaststätten, Handel, Körperpflege etc.) stellt der zweite Bereich dem produzierenden Gewerbe Leistungen bereit (Werbung, Verwaltung, Beratung, Forschung & Entwicklung u.a.). Viele Bereiche der staatlichen Verwaltung und des Bildungswesens, aber auch Lieferdienste entziehen sich allerdings einer klaren Zuordnung zu einem der beiden Bereiche. In der Bundesrepublik Deutschland stellen Dienstleistungstätigkeiten seit den 1970er Jahren die Mehrzahl der Beschäftigten, in den USA und Schweden war diese Entwicklung bereits zuvor eingetreten.

Häußermann und Siebel vertreten die These, dass im Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft die soziale Ungleichheit zunimmt. Am Beispiel der USA zeigen die Autoren, dass mit der Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten eine Polarisierung der Einkommensverhältnisse und eine Zunahme der Armut einher geht (Häußermann/Siebel 1995, 81ff.). So entstand in den USA das Problem der ‚working poor‘, jener Beschäftigten, die trotz Erwerbsarbeit über ein so geringes Einkommen verfügen, dass sie unter der Armutsgrenze leben. Im Gegensatz zu den USA entwickelte sich in Schweden – durchaus vergleichbar mit der DDR – durch die Ausweitung der Frauenbeschäftigung

eine höhere Beschäftigtenquote im Dienstleistungssektor. Hierbei ergab sich eine deutlich „geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes in einen männlich dominierten privaten und einen weiblich dominierten staatlichen Sektor“ (ebd. 191). Die hohen Beschäftigungszahlen im staatlichen Dienstleistungssektor führten in Schweden allerdings nicht zu einer polarisierten Einkommensverteilung, sondern wurden durch hohe Steuern und eine starke Durchstaatlichung des Alltagslebens finanziert.

Beide Beispiele machen deutlich, wie sich durch sozialen Wandel die gesellschaftlichen Gefüge verändern und zu sozialer Ungleichheit führen können. In den USA hat der soziale Wandel zu einer neuen Form der Armut durch die Entwicklung eines niedrig bezahlten Dienstleistungssektors geführt. In Schweden werden entsprechende soziale Unterschiede durch staatliche Regulierung vermieden. Die Befunde für Deutschland deuten darauf hin, dass hier eine andere Entwicklung eingetreten ist. Die Beschäftigungsrückgänge im produzierenden Gewerbe führten hier zu hohen Arbeitslosenzahlen und einer neuen Dimension von Massenarbeitslosigkeit und Armut (vgl. Kronauer et al. 1993).

2.2 Grundlagen einer Soziologie der Armut

Die Beschäftigung mit sozialer Ungleichheit ist eines der Kernthemen der Soziologie. Armutsforschung hingegen fristete als Bestandteil der ‚Randgruppenforschung‘ ein Schattendasein, oder wurde innerhalb von Sozialstrukturanalysen und in Auftragsforschung behandelt. Barlösius kritisiert gar, dass es kaum „genuin soziologische Untersuchungen über Armut“ gebe (1995, 530), sondern sich das fachliche Wissen über Armut vor allem aus Armuts- und Sozialberichten sowie praxisorientierten Beiträgen zur Sozialarbeit speise. Diese Kritik trifft im Wesentlichen sicher zu, sie überzeichnet aber die Mängel, denn – wie auch Barlösius feststellt – gibt es durchaus eine Reihe von Erkenntnissen, die die Armutsforschung gewonnen hat, vor allem bei der Definition ihres Gegenstands. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts hat etwa Georg Simmel die Rolle des Armen in der Gesellschaft und dessen Verhältnis zur Gesellschaft thematisiert und damit einen Grundstein für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Armut gelegt.

Simmel betrachtet in der „Soziologie der Armut“ letztere als gesellschaftliche Beziehung und gesellschaftlichen Bezeichnungsvorgang. Seiner Auffassung nach ist „die Armut nicht an und für sich, als ein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hin eintritt“ (Simmel 1906, 54). Armut stellt also ei-

nen Relationsbegriff dar, der die Beziehung von Armen zur Gesellschaft beschreibt. Der Arme sei zwar objektiv dadurch gekennzeichnet, dass „dessen Mittel zu seinen Zwecken nicht ausreichen“ (ebd. 50), hierauf setze jedoch zusätzlich eine gesellschaftliche Reaktion der Hilfeleistung ein. Diese stellt einen Kategorisierungsprozess der Gesellschaft dar, der dem Individuum einen Platz in der Gruppe der Armen zuweist. Wer langfristig oder dauerhaft auf die Hilfe von anderen angewiesen ist, ohne diese Leistung erwidern zu können, gilt nach Simmel als arm. Der Arme ist demnach ein Individuum, dessen soziale Beziehungen durch den Akt des Beschenkt-Werdens gestört sind, weil das Prinzip der Reziprozität sozialer Beziehungen außer Kraft gesetzt ist.

Simmel widmet sich auch der Frage, ob die Armen eine eigene soziale Klasse konstituieren. Indem der Arme Objekt einer gesellschaftlicher Definition ist, kann sich auch keine eigene soziale Klasse konstituieren, er ist nicht mehr als eine Restkategorie der Gesellschaft. „Die eigentümliche Ausschließung, die der Arme seitens der ihn unterstützenden Gemeinschaft erfährt, ist das Bezeichnende für die Rolle, die er innerhalb der Gesellschaft, als ein besonders situiertes Glied derselben spielt: indem er technisch ein bloßes Objekt der Gesellschaft ist, ist er im weiteren soziologischen Sinne ein Subjekt, das einerseits wie alle anderen die Realität derselben abbildet, andererseits, wie alle anderen, jenseits der überpersönlichen abstrakten Einheit derselben steht“ (Simmel 1906, 36). Nach Simmel ist Armut also die Folge sozialen Handelns und eines gesellschaftlichen ‚Labelling-Prozesses‘, ohne dass sich hierdurch auch eine gemeinsame Identität herausbildet.

Seit dem Aufsatz von Simmel im Jahre 1906 hat sich die Gesellschaft grundlegend geändert, und damit auch ihre Beziehung zur Armut. Durch die Einführung einer staatlichen Armenvorsorge bzw. einer Sozialhilfegesetzgebung und das Etablieren von Standards der Hilfgewährung hat sich die Diskussion um Armut vor allem dahingehend entwickelt, ob die gesellschaftliche Definition von Armut auch die wirklich Hilfsbedürftigen erfassen und diese ausreichend unterstützen kann. Mit der Einführung von generalisierten Unterstützungssystemen hat sich die Diskussion um Armut also einem neuen Feld zugewandt: der Messung von Armut.

2.3 Die Messung von Armut

In der derzeitigen deutschen Armutforschung spielt die soziale Beziehung zwischen Armen und Nicht-Armen nicht mehr die zentrale Rolle. Ausgangspunkt neuerer Untersuchungen zu Armut ist vielmehr, Erkenntnisse über die

Struktur der armen Bevölkerungsgruppe und ihre Größe zu sammeln, um hieraus unter anderem ableiten zu können, ob sich Struktur und Quantität der Armut über die Zeit ändern. Die Wissenschaftler kommen hierbei allerdings zu unterschiedlichen Schlüssen, da sie von verschiedenen Armutsdefinitionen ausgehen. Wichtig ist deshalb, vorab zu klären, was unter Armut überhaupt verstanden werden soll.

Unterscheiden lassen sich zunächst absolute und relative Armutsdefinitionen. Beide setzen an den Einkommen und Vermögen an, die den überwiegenden Anteil der verfügbaren Ressourcen in den Haushalten ausmachen. Bei dem Begriff der absoluten Einkommensarmut wird versucht zu definieren, was zu einem lebensnotwendigen Minimum in einer Gesellschaft gehört. Allerdings weicht dieses in Deutschland z.B. von dem in Afrika ab, absolute Einkommensarmut ist also historisch und zwischen Gesellschaften nicht vergleichbar (vgl. Jacobs 1995). Bei den relativen Armutsindikatoren – genauer gesagt: Indikatoren der Einkommensarmut – wird diese Kritik aufgenommen und Armut daher als Relation zu gesamtgesellschaftlichen Einkommensverhältnissen definiert. Üblicherweise wird ein Einkommen in Höhe von 50% des durchschnittlichen Einkommens in einer Gesellschaft verwendet, um Armut abzugrenzen, gebräuchlich sind aber auch die 40%-Grenze (strenge Armut) und die 60%-Grenze (oft als „Einkommensschwäche“ bezeichnet) (vgl. hierzu Hanesch et al. 1994, 22ff.; Dietz 1997, 57ff.; Andreß 1999, 71ff.). Durch die Festlegung einer relativen und damit bezüglich des absoluten Wertes weitgehend willkürlichen Grenze ist – so die Kritik – die relative Armutsdefinition allerdings eher ein Maß für soziale Ungleichheit als für Armut.

Als absolutes Armutsmaß wird in Deutschland häufig die Höhe des politisch festgelegten Sozialhilfeanspruchs angesehen. Dieser Betrag entspricht quasi einem staatlich anerkannten Existenzminimum. Wird dieser Betrag unterschritten, sind die betroffenen Personen berechtigt, Hilfeleistungen zu erhalten. Die Sozialhilfe entspricht in ihrer Höhe ungefähr dem 50%-Anteil des durchschnittlichen Einkommens, sie ist zwischen 1963 und 1992 aber hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben, die relative Wohlfahrtsposition sank von 53% (1963) auf 48% (1992) des durchschnittlichen Einkommens im Westteil der Bundesrepublik (Hauser 1995, 8). Die Sozialhilfequote hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht, sie stieg zwischen 1963 und 1992 von 1,3 auf 4,7% an.

Misst man die Armutsentwicklung nach der relativen Einkommensarmut, so zeigt sich, dass 1973 in der Bundesrepublik Deutschland 6,5% der Bevölkerung ein Einkommen unter der 50%-Grenze hatten, 1988 waren es bereits 8,8%, 1995 dann sogar 11,9% (Hauser 1995, 8; ebd. 1999). Das Ausmaß der relativen Einkommensarmut ist also, trotz der rechnerisch ungefähr gleichen Einkommenshöhen wie die der Sozialhilfebezieher, mehr als doppelt